

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Ernährung und Bewegung

Gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung sind Schlüsselfaktoren bei der Vermeidung von Krankheiten. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Die Mitteilung des Senats (Drs. 15/765) auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 15/641) zeigt die Defizite auf.

Fettleibigkeit gehört zu den chronischen Erkrankungen im Kindesalter. Bereits im Vorschulalter tritt Fettleibigkeit häufig auf. In Bremen sind 8,2 Prozent der Schulanfänger behandlungsbedürftig übergewichtig. Der Trend ist steigend. Die betroffenen Kinder leiden häufig auch als Erwachsene unter Übergewicht und haben damit ein erhöhtes Erkrankungsrisiko (Herz-/Kreislauferkrankungen, Gelenkerkrankungen, Diabetes mellitus, psychosomatische Störungen).

Jugendliche suchen ärztliche Hilfe vor allem bei Bagatellfällen und Verletzungen, der Gesichtspunkt der Prävention ist ihnen fremd. Einen institutionalisierten Zugang zu Jugendlichen hat in Bremen der öffentliche Gesundheitsdienst.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. gesunde Ernährung und Bewegung zu fördern:
 - das Agenda-21-Projekt „KITA – Küche der kurzen Wege“ ist auszuweiten,
 - für die Küchen der Schulen und Kindertagesstätten ist die Einführung ökologischer Beschaffungsrichtlinien zu prüfen,
 - gesunde Ernährung in der Schule muss gefördert werden. Frühstücks- und Mittagessenangebote müssen vor allem für Kinder in benachteiligten Stadtteilen ausgebaut werden,
 - bedarfsgerechte Außenspielflächen von Kindergärten müssen erhalten werden,
 - die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen mit den Sportvereinen ist zu fördern. Auf die wichtige Arbeit und vielfältigen Angebote der Sportvereine für Kinder und Jugendliche ist verstärkt hinzuweisen.
2. Die Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind anzupassen:

Bremen hat eine gut ausgebaute öffentliche Gesundheitsversorgung für Kinder. Das Gesundheitsamt übernimmt eine zentrale Aufgabe. Gesundheitsfördernde und gesundheitssichernde Angebote für Kinder und Jugendliche in schwierigen sozialen Lagen dürfen nicht reduziert werden.
3. Die Gesundheitsberichterstattung ist fortzuschreiben: Die kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes ist fortzuschreiben und kleinräumig und sozialräumlich differenziert darzustellen.

4. Die qualifizierte Betreuung junger Patienten muss weiterhin sichergestellt werden. Die Untersuchungen U 9 und U 10 sind durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen bereits mehr in Anspruch genommen worden. Defizite sind bei J 1 festzustellen (in Bremen lediglich 10 Prozent eines Jahrgangs). Der Senator für Gesundheit wird gebeten, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung in geeignetem Rahmen für eine vermehrte Akzeptanz dieser Untersuchung zu sorgen.
5. Die geplanten Einsparungen bei Zahnprophylaxe und ärztlicher Untersuchung dürfen nur umgesetzt werden, wenn andere adäquate Angebote zu keinen Versorgungslücken führen.

Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Waltraud Hammerström, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU